

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Wiecezorek MdB zieht eine Bilanz der Wende (in drei Teilen: Viel versprochen und nichts gehalten.
Seite 1

Robert Antretter MdB fordert Lothar Späth auf, zur Europäischen Akte Stellung zu nehmen: Europapolitische Abstinenz aufgeben.
Seite 5

Dokumentation
Johannes Rau hat sich mit Blick auf die bayerischen Landtagswahlen am 12. Oktober an die Bürger des Freistaates mit einer Erklärung gewandt, die wir im Wortlaut dokumentieren.
Seite 6

41. Jahrgang / 191

7. Oktober 1986

Bilanz der Wende (Teil I)

Viel versprochen und nichts gehalten

Von Helmut Wiecezorek MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß
des Deutschen Bundestages

1. Die Versprechungen der Bundesregierung

Diese Bundesregierung ist mit dem Ziel angetreten, die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Es wurde versprochen

- die dazu notwendigen Opfer auf alle Bürger sozial gerecht zu verteilen,
- die öffentlichen Haushalte in Richtung zukunftsweisender und beschäftigungsfördernder Ausgaben umzustrukturieren,
- die öffentlichen Investitionen zu verstärken und die privaten Investitionen anzuregen
- und bei alledem keine Steuererhöhungen vorzunehmen.

Die Neuverschuldung sollte „auf gar keinen Fall“ (Stoltenberg) wieder ansteigen, und die Politik dieser Bundesregierung sollte zu einem neuen Aufschwung führen, bei dem die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von zwei Jahren auf eine Million heruntergedrückt würde.

2. Was ist aus den Versprechungen geworden?

Die Bundesregierung hat ihre Versprechungen nicht gehalten. Viele Mißerfolge wurden unter den Tisch gekehrt und in neue Ankündigungen für die nächste Legislaturperiode umgewandelt. In der Wirklichkeit hat in den letzten Jahren eine massive Umschichtung im Haushalt und eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with many other titles from
Reprint-Partner



- Die Sparpolitik war im höchsten Maße unsozial. Die kleinen Leute wurden belastet, die Besserverdienenden kamen ungeschoren davon; ihnen wurde sogar entgegen ursprünglichen Ankündigungen die Zwangsanleihe vorzeitig zurückgezahlt.
- Die Umstrukturierung der Haushalte „ist in die falsche Richtung gelaufen“ (Sachverständigenrat).
- Die öffentlichen Investitionen sind weiter zurückgegangen.
- Die Subventionen sind explodiert; allein die Steuersubventionen sind seit 1982 um 50 Prozent ausgeweitet worden.
- Die Neuverschuldung steigt wieder an; Dr. Stoltenberg hat in vier Jahren seiner Amtszeit über 100 Milliarden DM neue Schulden gemacht, mehr als irgendeiner seiner Vorgänger als Bundesfinanzminister.
- Die angebliche Haushaltskonsolidierung war lediglich auf jährlich hohe Bundesbankgewinne zurückzuführen.
- Die Mehrwertsteuer wurde angehoben und damit Steuergeschenke an die Wirtschaft und für Besserverdienende finanziert.
- Um Haushaltslöcher zu stopfen, soll wertvolles Bundesvermögen verscherbelt werden.
- Die Europapolitik ist gescheitert; die beschworene Haushaltsdisziplin konnte nicht durchgesetzt werden, und die Neuausrichtung der Agrarpolitik ist nicht einmal in Angriff genommen worden.

Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg wird als Subventionsminister und als der größte Schuldener in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen.

Die Wirtschaftsdaten haben sich zwar weltweit verbessert, jedoch ist die Arbeitslosigkeit auch im Aufschwung nicht geringer geworden. Wie hatte noch Dr. Geißler in der BILD-Zeitung vom 3. Mai 1983 versprochen: „Wir brauchen mindestens zwei Jahre harte Arbeit, um die Arbeitslosigkeit auf eine Million herunterzudrücken.“

1985 haben wir gegenüber 1982 fast eine halbe Million arbeitsloser Menschen mehr. Nach den Prognosen werden auch in den nächsten Jahren noch immer zwei Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Die Bundesregierung rechnet selbst nicht damit, daß auf dem Arbeitsmarkt bis 1990 eine entscheidende Verbesserung eintritt. Sie hat bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit versagt.

Die Konkurswelle rollt ungebrochen weiter. Gegenüber den letzten drei Jahren sozial-liberaler Koalition hat es von 1983 bis 1985 über 15.000 Insolvenzen und fast 13.000 Konkurse mehr gegeben. Auch 1986 ist ein neuer Pleitenrekord zu erwarten.

3. Was macht die Bundesregierung in dieser Situation?

Die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister flüchten sich in Ankündigungen für die nächste Legislaturperiode. Der bis 1990 beschlossene Finanzplan ist schon jetzt Makulatur:

- Die Finanzierung der angekündigten Steuerentlastung um 40 bis 45 Milliarden DM ist völlig offen. Wenn davon 25 Milliarden DM netto - also ohne Subventionsabbau und Verbrauchsteuererhöhung - finanziert werden sollen, müßte die Neuverschuldung um mindestens elf Milliarden DM ansteigen.



- Der auf die nächste Legislaturperiode verschobene Subventionsabbau um acht Milliarden DM (Stoltenberg) bis 25 Milliarden DM (Bangemann) ist nicht ernst zu nehmen, zumal schon der geplante vergleichsweise mickrige Abbau von drei Milliarden DM bei der Steuersenkung 86/88 gescheitert ist.
- Die Finanzierung des Babyjahrs für Trümmerfrauen soll durch eine Plünderung der Kassen der Nürnberger Bundesanstalt erfolgen.
- Die anstehenden Finanzierungsaufgaben für die Zukunft in den Bereichen Rentenversicherung und Gesundheit bleiben bei den Ankündigungen der Regierungskoalition völlig außen vor.

Diese Regierung ist dazu übergegangen, ihre gesamte Politik nur noch bis zur Bundestagswahl auszurichten und bei den Ankündigungen nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ zu verfahren.

Ohnehin sind die Haushalte der Zukunft schon durch milliardenschwere Vorbelastungen eingedeckt:

- Die Abschreibungsverbesserungen für Wirtschaftsgebäude kosten den Steuerzahler über die öffentlichen Haushalte bis 1990 über 15 Milliarden DM, die Senkung der Gewerbe- und Vermögensteuer über 17 Milliarden DM.
- Die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft bedeutet für die Haushaltsfinanzierung von Bund und Ländern bis 1991 eine Vorbelastung mit rund 22 Milliarden DM.
- Für die Erhöhung der Eigenmittel der EG sind die Steuerzahler über die öffentlichen Haushalte mit jährlich über vier Milliarden DM zur Kasse gebeten worden, und 1988 wird diese Summe auf über sieben Milliarden DM pro Jahr ansteigen.

Rechnet man all diese Beträge zusammen, erreicht man leicht einen Betrag von rund 90 Milliarden DM Vorbelastung, für Maßnahmen, die für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verloren sind.

4. Die Vorstellungen der SPD

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht für die SPD an erster Stelle. Wir haben dazu eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht: insbesondere unser Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“, Maßnahmen zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, nachfragewirksame und sozial gerechte Steuerpolitik.

Die SPD hat Jahr für Jahr solide finanzierte Vorschläge zur Verstärkung der Bundesinvestitionen vorgelegt. Die Investitionsfähigkeit der Gemeinden soll durch eine Erhöhung des Anteils an der Einkommensteuer um einen von Hundert-Punkt und die Revitalisierung der Gewerbesteuer verstärkt werden.



Für die SPD ist die Notwendigkeit der Haushaltssanierung unbestritten. Wir haben mit dem Subventionsabbaugesetz und der Operation 1982 die Konsolidierung eingeleitet. Für uns steht jedoch die soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen im Vordergrund und wir haben und fordern weiterhin die Beteiligung der Besserverdienenden durch eine auf drei Jahre befristete Ergänzungsabgabe.

Statt einer Kahlschlagpolitik im Sozialbereich hat sich die SPD für Kürzungen in allen Teilen des Bundeshaushalts eingesetzt, insbesondere auch im Verteidigungsbereich.

Wir fordern eine Rückkehr zu der von der SPD 1974 durchgesetzten Kindergeldregelung bei gleichzeitigem Wegfall der ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge. Das monatliche Kindergeld soll ab 1988 erhöht werden und der Übergang zu einer „Finanzamtslösung“ soll dazu beitragen, daß ein Großteil der Normalverdiener nichts mehr mit der Lohnsteuer zu tun haben wird.

Die Steuergeschenke an Unternehmen müssen rückgängig gemacht und als Beitrag der Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Für die SPD sind auch in Zukunft Entlastungen vor allem für kleine und mittlere Einkommen unverzichtbar. Eine Senkung der Steuerquote zu versprechen, halten wir für unvereinbar mit einer soliden Finanzpolitik, vor allem vor dem Hintergrund der zukünftigen großen Finanzierungsaufgaben in den Bereichen Gesundheit und Renten.

Eine Politik der Privatisierung zum Auffüllen und Stopfen von Haushaltslöchern lehnen die Sozialdemokraten ab.

Die SPD wird sich am unseriösen Wettlauf der Versprechungen für die kommende Bundestagswahl nicht beteiligen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird Johannes Rau unterstützen, daß er ein solides finanziertes Regierungsprogramm für die ersten hundert Tage nach der Regierungsübernahme vorlegen kann.

(-/7.10.1986/rs/ks)

* * *

(Teil II veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)



Europapolitische Abstinenz aufgeben

Lothar Späth muß zur Europäischen Akte Stellung beziehen

Von Robert Antretter MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Angesichts einer intensiven Reformdiskussion in der Europäischen Gemeinschaft, die mit der Einheitlichen Europäischen Akte vom Februar 1986 auch einen vorläufigen Abschluß gefunden hat, muß es verwundern, daß sich ausgerechnet das hoch exportabhängige Baden-Württemberg hartnäckig jeder Stellungnahme entzieht. Dem sonst so redelustigen Ministerpräsidenten Lothar Späth fällt zum Thema Europa wenig ein. Insbesondere in den Fragen, in denen es um die künftige Verfassung einer Europäischen Union geht, hat sich Späth bisher merkwürdig bedeckt gehalten.

Als der Bundesrat den Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments diskutiert hat, da schwieg Späth. Ebenso nahm er keine Stellung zu den wiederholten Verstößen des Freistaates Bayern, der immer wieder gegenüber angeblich zu weitgehenden Integrationsprozessen auf föderative Prinzipien gepocht hat. Daß Bayern an der Spitze der Europakritiker marschiert, kann niemanden überraschen. Daß aber Baden-Württemberg glaubt, mit europapolitischem Schweigen und regierungsoffizieller Funkstille über die Runden zu kommen, daß muß denn doch erstaunen.

Natürlich spricht vieles dafür, daß sich Späth lieber grenzüberschreitenden Wirtschaftsprojekten (zum Beispiel im Forschungs- und Technologiebereich mit Frankreich) widmet, als daß er sich zu Zukunftsentwürfen der europäischen Einigung äußert. Diese Haltung könnte sich aber durchaus als ein ordnungspolitisches Versäumnis erweisen.

Wenn es nämlich so kommt, daß einerseits die Regierungen der Zwölf ihre Strategie minimaler Vertragsänderungen weiterverfolgen und andererseits einzelne Bundesländer und Regionen dazu übergehen, durch eigene Brüsseler Informationsbüros eine egoistische Nebenaußenpolitik aufzubauen - dann droht wirklich die Gefahr, daß die Impulse, die von der Basis einer Bürgerbewegung für ein demokratisch kontrolliertes Europa ausgehen, vollends auf der Strecke bleiben. Dann wird bald keine Rede mehr sein von einem Zukunftsentwurf, der die Völker Europas begeistert. Insofern ist es auch bezeichnend, daß der Versuch des Europäischen Parlaments über einen Gründungsvertrag hier weiterzukommen, in den Landtagen bisher nicht einmal debattiert worden ist.

Wenn jetzt also auch Baden-Württemberg im Nachtrag zu anderen Bundesländern sein eigenes „Brüsseler Büro“ eröffnet hat, so ist dies noch keine europapolitische Tat. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte ist der rechtliche Rahmen für die Vollendung des Binnenmarktes zum 31. Dezember 1982 fixiert. Hier gilt es, sich aktiv einzumischen. Es wird höchste Zeit, daß auch Lothar Späth im Interesse des Landes Baden-Württemberg seine europapolitische Abstinenz aufgibt.

[/ 7.10.1986/va/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Johannes Rau: „Bayern ist zu schön, um schwarz zu bleiben!“

Der Kanzlerkandidat der SPD, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, hat sich in einer Erklärung an die bayerischen Bürger gewandt, die wir im Wortlaut dokumentieren:

„Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

wir Sozialdemokraten wollen eine sichere und soziale Zukunft für alle Menschen in Deutschland. Deshalb ist das von mir vorgelegte Regierungsprogramm überschrieben ‚Zukunft für alle - Arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden‘. Zukunft für alle - das ist die klare Alternative zu einer Politik, die ausgrenzt und spaltet.

Wir wollen für uns und für unsere Kinder eine friedliche, sozial gerechte und lebenswerte Welt schaffen und bewahren. Dazu müssen wir in vielen Bereichen umdenken und umsteuern: Hin zu Frieden und Abrüstung, hin zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft. Deshalb sage ich auch ein klares Nein zu Wackersdorf.

Mein Regierungsprogramm setzt eine eindeutige Priorität: Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dafür wollen wir eine große nationale und internationale Kraftanstrengung zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft, das Zusammenwirken aller gesellschaftlich verantwortlichen Gruppen und den aktiv handelnden Staat.

Dieser eindeutige Vorrang für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und damit auch für unternehmerische Initiativen hat Konsequenzen auf anderen Gebieten. Der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit hat in den vergangenen Jahren schweren Schaden genommen. Soziale Gerechtigkeit als die Grundbedingung des Sozialstaats muß endlich wieder zur Geltung kommen.

Wir Sozialdemokraten stehen für entschlossenes, politisches Handeln gegen die Massenarbeitslosigkeit,

- 0 für die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft,
- 0 für sichere Energieversorgung ohne Atomkraft,
- 0 für soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden,
- 0 für die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen,
- 0 für den liberalen Rechtsstaat,
- 0 für Frieden, Entspannung und Abrüstung.

Ich will am 25. Januar 1987 einen Volksentscheid über den Weg, den unser Land in den nächsten vier Jahren gehen soll.

Das kann nur gelingen, wenn wir hier in Bayern kräftig zulegen. Die Landtagswahl am 12. Oktober ist eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Bayern ist zu schön, um schwarz zu bleiben. Mit meinem Freund Karl-Heinz Hiersemann sage ich: Mit neuer Kraft für Bayern.“ (-/7.10.1986/vo/rs)

* * *

